

Ausgabe Mai 2010

# pro + kontra

## Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Die Kopfpauschale muss verhindert werden:

### Stoppt die Sozialräuber - jetzt!

In diesen Tagen wird der Protest gegen die Einführung einer Kopfpauschale in der Krankenversicherung immer stärker. Auch bei der Mai-Kundgebung der Gewerkschaften in Saarbrücken war der wachsende Widerstand unübersehbar. Mit Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen wird in der Öffentlichkeit gegen die üblen Sozialräuber mobil gemacht. Und das ist gut so.

CDU/CSU und FDP wollen die Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung einführen. Gesundheitsminister Rösler hat Mitte März einen neuen Vorstoß in dieser Frage unternommen und 29 Euro als einheitliche Prämie vorgeschlagen.

Praktisch würde das bedeuten, dass alle gleich in die Versicherung einzahlen müssen: Ein Direktor mit z.B. 12.000

Euro Monatseinkommen genau so viel wie die Putzfrau mit 800 Euro monatlich. Diese Ungerechtigkeit würde nicht nur das bisher gültige Prinzip der paritätischen Finanzierung sprengen, es würde auch die Finanzen der Krankenkassen völlig ruinieren. Die Besserverdienenden könnten sich über diesen Coup freuen. Vor allem die Unternehmer wären fein raus, weil ihr Anteil an den Beiträgen zur Sozialversicherung eingefroren werden soll.

Würde man dem FDP-Minister glauben, dann soll der Staat einen „Sozialausgleich“ zahlen, damit der Krankenversicherung keine Verluste entstehen. Woher der Bund das Geld nehmen will und wie das funktionieren soll, weiß niemand. Sicher ist nur, dass höhere Belastungen und enorme Unsicherheiten auf die 70 Millionen Versicherten zukommen. Das muss verhindert wer-

Ehemalige Stückguthalle im Kulturbahnhof Püttlingen:

### Ein gefragter Ort für Veranstaltungen



Längst hat es sich herumgesprochen, dass die ehemalige Stückguthalle (Im Bild rechts, davor das beliebte Gartenlokal) für Veranstaltungen unterschiedlichster Art hervorragend geeignet ist. Im August wird die DKP dort erneut eine bezirkliche Konferenz durchführen.

Einladung:

## Früh- Linksfest

Samstag, 12. Juni

ab 14.00 Uhr an der  
**Fischerhütte im Kesselfeld**  
(Mehr dazu auf den Innenseiten)

den, denn die Kopfpauschale ist nicht nur zutiefst ungerecht, sie ist eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheitsversorgung. Besser wäre es, z.B. hohe Kapitaleinkünfte über Steuern in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und auch die Privaten Kassen in den Finanzausgleich einzubeziehen. Jetzt ist es höchste Zeit, die Sozialräuber zu stoppen.

## Zack!

### Schon wieder ein böser Schlag in die Stadtkasse

Sichtlich stolz war Bürgermeister Speicher, weil Püttlingen mit einem „genehmigungsfähigen“ Haushalt in das Jahr 2010 gestartet ist. Wir warteten damals vor Unwägbarkeiten, weil wichtige Eckdaten bei der Beschlussfassung des Etats noch ausstanden.

Jetzt ist die Bombe geplatzt und die Verwaltung musste dem Stadtrat mitteilen, dass 117.000 Euro pauschale Investitionszuweisungen dieses Jahr **nicht** gewährt werden. Die Mittel waren aber fest eingeplant, z.B. auch für die Feuerwehr. Daraus wird nun nichts, weil das Land angeblich kein Geld mehr hat. Jetzt überlegt die Stadt eine Kreditaufnahme, die über eine Nachtragsatzung beschlossen werden soll.

So ist das also: Das Land, welches sich weigert, durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer neue Geldquellen zu erschließen, das sich widerspruchslos der „Schuldenbremse“ beugt und im Bundesrat keinen Einspruch gegen Milliarden-Hilfen zur Rettung von Banken und Profiteuren erhebt, lässt die Kommunen im Regen stehen.

## Union will ihre Macht um jeden Preis zementieren:

# Was bedeutet VJF für unsere Stadt?

Da gibt es doch Bürger, die behaupten, im Stadtrat habe sich eine Fraktion herausgebildet, die künftig einen neuen Namen benutzen will: VJF. Dieses Kürzel steht für „**Vereinigte Jamaika-Fraktion**“. Ob es überhaupt so weit kommt, sei einmal dahingestellt. Aber de facto könnte diese Bezeichnung bereits heute zutreffen.

Wir reden jetzt nicht davon, dass CDU und FDP ihr eingegangenes Bündnis in jeder Sitzung des Stadtrates vorführen, wie z.B. am 28. April, wo sie nach dem Motto: „Mir sinn borniert, awwer aus Iwwerzeichnung“ den Vorschlag der Opposition vom Tisch wischten, die Kollegin Denise Klein (SPD) als stellv. Mitglied für den Kooperationsrat des Regionalverbandes zu wählen. Wir reden auch nicht darüber, dass sich die Koalitionäre schamlos gegenseitig die Posten zuschustern, wie z.B. bei der Beigeordnetenwahl, wo die Kandidatin der FDP-Fraktion, die bei der Bürgermeisterwahl mit Ach und Krach an einem Debakel vorbeigeschlittert ist, zur ersten Stellvertreterin des Bürgermeisters gemacht wurde.

Wir erwähnen auch nur beiläufig, dass Grünen-Vertreter Adam nach der Sitzordnung schon lange in der CDU-Fraktion integriert ist, jeweils unbedenklich mit denen stimmt und sich bei Verhinderung regelmäßig durch ein CDU-Ratsmitglied im Ausschuss vertreten lässt. Ob Grüne-Wähler gewollt haben, dass „ihr“ Mandatsträger sie so schnell hintergeht, sei mal dahingestellt. Aber für die CDU ist die „Partnerschaft“ mit dem geschwärzten „Grünen“ angenehm, weil dieser ihnen durch sein Dauerschweigen im Rat kaum in die Quere kommen kann.

Die veränderungsresistente Union kann sich mit dem Verlust ihrer Mehrheit im Stadtrat nicht abfinden. Das ist das Problem. Deshalb suchte sich die CDU willfährige Helfer, die ihre Bestrebungen für eine neue Mehrheit unterstützen.

Wie fest die Bande zwischen Schwarz,

Gelb und Grün inzwischen schon sind, macht ein Schreiben deutlich, welches der CDU-Fraktionsvorsitzende unlängst an den Bürgermeister geschickt hat. Dort geht es um angebliche „Beschwerden (...) im Umfeld des Jugendzentrums Püttlingen“. Am Ende des

Schreibens wird gefordert, im Ausschuss dazu einen Bericht zu geben. Danach heisst es wörtlich: „**Die FDP-Fraktion und die Partei Bündnis 90/ die Grünen im Stadtrat von Püttlingen unterstützen unsere Forderung vollinhaltlich**“. Alles klar? Gleiche Brüder, gleiche Kappen kann man dazu nur sagen. Da ist sie also: die Vereinigte Jamaika-Fraktion in Aktion!



## Vorwürfe an die Adresse des Püttlinger Jugendzentrums:

# Ein höchst fragwürdiges Verhalten

Die von der VJF gewünschte Debatte fand in der Sitzung vom 24. März statt. Dabei stellte sich heraus, dass die JuZ-Mitarbeiter nichts von den Dingen wussten, die da als Vorwurf erhoben wurden. Sie waren in der Annahme gekommen, es gehe um ein normales Arbeitsgespräch, zumal eingangs von den Vertretern des Jugendamtes beim Regionalverband der übliche Arbeitsbericht gegeben wurde. Als dann aber die Vorwürfe aus der VJF-Eingabe zur Diskussion kamen, hat es ihnen fast die Sprache verschlagen. Sie waren sichtlich erbost über die hinterhältige Verfahrensweise und wollten sich nichts in die Schuhe schieben lassen, wofür das JuZ keine Verantwortung trägt.

„Da werden Gäste beim Besuch von Veranstaltungen des Pfarrheimes oder des Schlösschens gestört, Kinder der Kindertagesstätte durch den Zaun belästigt und in zunehmenden Maße

Vandalismusschäden gemeldet“, moniert die besagte Eingabe. Zuvor hatte ein CDU-Mitglied über Belästigungen ihres Kindes geklagt, was den Stein offensichtlich ins Rollen brachte. Das berechtigt allerdings nicht zu Verdächtigungen in Richtung Jugendzentrum.

Zu Recht wiesen die JuZ-ler und ihre Vorleute vom Jugendamt solche Unterstellungen zurück, denn im Bereich des Jugendzentrums tummeln sich oft genug recht seltsame Gestalten, die mit dem JuZ nichts zu tun haben und von diesem nicht zu beeinflussen sind.

Wir meinen: Unhaltbare Schuldzuweisungen vergiften das Klima und sind ungeeignet, die nicht zu bestreitenden Probleme hier (und an vielen anderen Stellen!) zu lösen. Da müssen sich Verwaltung und Polizei endlich mal was einfallen lassen. Die schon vielfach zitierten „Streetworker“ fehlen z.B. immer noch, obwohl das ein Anfang wäre.

**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Der Tag der Befreiung mahnt uns zur Wachsamkeit:

## Wer Lehren der Geschichte nicht beherzigt, riskiert die Gefahr einer Wiederholung

Diese Ausgabe der Stadtzeitung „pro + kontra“ kommt ab 8. Mai zur Verteilung. Ist das ein Grund zur besonderen Erwähnung? Die Verteilung an sich ganz bestimmt nicht, denn die Püttlinger sind es gewohnt, dass die Zeitung regelmäßig erscheint. Aber der genannte Termin hat es in sich. Am diesjährigen 8. Mai sind es genau 65 Jahre her, dass der zweite Weltkrieg beendet und Deutschland vom Faschismus befreit worden ist. Dazu nachfolgend einige Bemerkungen, über die man nachdenken sollte.

8. Mai 1945, an diesem Tag unterzeichneten deutsche Vertreter vor den Alliierten in Berlin-Karlshorst die Kapitulationsurkunde. Damit war der zweite Weltkrieg in Europa offiziell beendet. Seine Bilanz ist erschreckend: 55 Millionen Tote, unzählige Städte und Dörfer zerstört, verbrannte Erde, Massenermordung an Juden, Roma und Sinti. Namen wie Oradour, Lidice, Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Ravensbrück und Neue Bremm sind Stichworte für das Grauen in dieser Zeit.

Doch heute - 65 Jahre später - ist die menschenverachtende Ideologie des Faschismus noch immer nicht verschwunden, sind die Wurzeln des Faschismus nicht beseitigt. Noch immer dominiert das kapitalistische Profitssystem, das auch die Verbrechen der Vergangenheit zu verantworten hat.

Dieser Tatsache ist es zu „verdanken“, dass Deutschland schon wieder an Kriegen beteiligt ist (z.B. Afghanistan) und Unschuldige in Kundus zu Opfern macht. Die deutsche Rüstungsindustrie hat innerhalb der letzten fünf Jahre ihre Exporte mehr als verdoppelt und ist inzwischen drittgrößter Waffenhändler auf dem Weltmarkt. Börsenspekulanten und Banker sind es, die an diesem Geschäft kräftig mitverdienen.

Es sind dieselben, die sich auch an der aktuellen Krise bereichern. So erzielte die Deutsche Bank in 2009 rd. 5,2 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern. Aber nur schlappe 200 Millionen holte sich der Fiskus. Der Staat, der die Banken mit zinsgünstigen Krediten vor dem Kollaps rettete, musste sich dafür bis über die Halskrause verschulden, aber die Banken sahen nun beim Staat über Zinsen und Provisionen kräftig ab. Und die Bevölkerung muss dabei zusehen, wie ihr Geld benutzt wird, um Bonuszahlungen und Dividenden zu zahlen. Ein Verfahren, das seit eh und je üblich ist, weil Kapital nie genug kriegt.

Aber es ist nicht nur die wachsende Militarisierung, die uns gefährdet. Verbunden damit ist die systematische Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten, Bespitzelung und Diskriminierung von politisch Andersdenkenden, nicht zuletzt ist auch das Wirken neofaschistischer Kräfte alarmierend. So sind seit 1990 schon 149 Menschen von Nazis ermordet worden.

Der Platz würde nicht ausreichen, hier alle Gesichtspunkte ausführlich zu erörtern, die sich aus dem Erinnern an den Tag der Befreiung und der Entwicklung danach ergeben. Wichtig ist aber, zu erkennen, dass die Gefahren für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit akut sind und nur erfolgreich abgewehrt werden können, wenn man auch die Lehren der Vergangenheit in Betracht zieht. Wer sich nicht erinnern will und kann, könnte möglicherweise dazu verurteilt sein, alles noch einmal zu erleben. Das gilt es zu verhindern.



„Bundespräsident stimmt Deutsche auf Sparen ein“, schrieb die SZ am 30. April auf der Titelseite. Nur einen Tag später, bei der großen Mai-Demonstration in Saarbrücken, machten die Teilnehmer klar, was das Volk wirklich will: Keinen „strikten Sparkurs, um den deutschen Schuldenberg abzubauen“, wie Köhler zur Freude der Spekulanten und Profiteure fordert. Wer den Schuldenberg verursacht hat, soll auch dafür gradstehen! Bundeswehr raus aus Afghanistan, denn dort gehen Milliarden Euro für soziale Zwecke verloren! Die Interessen der Arbeitnehmer gehen vor: „Gute Arbeit, gerechte Löhne, starker Sozialstaat“! Dafür lohnt es sich einzutreten.



Dieser Zeitungsausschnitt stammt aus dem „Wochenspiegel“ und ist am 21. April 2010 auf der Titelseite veröffentlicht worden.

Hier wird bestätigt, was wir Kommunisten schon öfter in „pro + kontra“ festgestellt haben: Die Mehrheit unseres Volkes lehnt die Kriegsbeteiligung in Afghanistan ab und verlangt den unverzüglichen Abzug der Truppen.

Bis jetzt sind schon 43 tote Soldaten zu beklagen. Dennoch wollen Bundeskanzlerin Merkel und Kriegsminister zu Guttenberg den Einsatz am Hindukusch weiterführen. Auch pathetische Erklärungen und Krokodilstränen der Regierenden können nicht darüber hinweg, dass 82 Prozent (siehe oben) etwas anderes wollen.



Eine Veranstaltung der DKP-Fraktion:

# Früh-Linksfest 2010

**Samstag - 12. Juni - ab 14 Uhr**

## Unser Fest



an der Fischerhütte hat eine gute Tradition. Dort treffen sich unterschiedlichste Linke und viele Andere, und meist steht der Meinungsaustausch über aktuelle Fragen im Mittelpunkt. Wie immer ist das Programm abwechslungsreich. Hier einige Punkte:

- Begrüßung der Gäste
- Kaffee und Kuchen
- Spezialitäten vom Grill
- Infos aus erster Hand
- Verlosung einer Tombola
- Spass und Unterhaltung

## Einladung

Werte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kollegen, Freunde und Genossen, Sie alle sind uns herzlich willkommen. Wir freuen uns schon jetzt darauf, mit Ihnen einige frohe Stunden der guten Unterhaltung zu verbringen. Wir erwarten Ihren Besuch.



Da sollte  
man  
dabei sein!

**Auch diesmal an der Fischerhütte im Kesselfeld**

**Aus der Natur  
für die Natur**



**Püttlinger Pflanzboden  
Püttlinger Natur-Kompost**



**SCHMEER**  
Umwelt GmbH

Auf dem Dickenberg  
66346 Püttlingen  
Tel. 0 68 98 - 96 36-0  
Fax: 0 68 98 - 96 36-36  
umwelt@sandundkies.de  
www.sandundkies.de



**Café  
Bäckerei  
Conditorei**

**BLANK** Spezialitäten  
frisch aus  
der Backstube

**66346 Püttlingen**  
Weiherbachstr. 4 - Tel. 06898 - 6 62 79  
Café Marktstr. 20 - Tel. 06898 - 69 46 03



**Jansen's Eck**

Ecke Völklinger / Derler Straße  
66346 Püttlingen • Telefon 6 63 86  
Donnerstags Ruhetag!

Sonntags von 12 bis 14 Uhr  
**Gutbürgerlicher Mittagstisch**  
mit Vor- und Nachspeise



**FENSTER-JERUSALEM GmbH**  
VERTRAGSPARTNER DER  
SALAMANDER-WERKE

**Eigene Produktion**

**Fenster - Türen  
Rolläden**

**Köllertalstraße 8**  
**66346 Püttlingen**  
Tel. (06898) 6 38 74 - Fax (06898) 6 77 26

*Suchen Sie einen netten Krimi, ein Fachbuch oder  
einen Bestseller? Kennen Sie unser ausgewähltes  
Sortiment an edlen Schreibgeräten?  
Bei uns werden Sie fündig.*



*Buchhandlung  
Balzert*

Inh. Chr. Balzert-Stein  
**Pickardstraße 31**  
**66346 Püttlingen**  
Telefon 06898/62707

**Ratsschenke**

M. Müller  
66346 Püttlingen, Rathausplatz 8  
Telefon 06898 - 6 51 59



**KARLSBERG BIER**

**Gasthaus W. Meyer**

Geöffnet ab 17 Uhr (auch an Feiertagen)  
Ruhetage: Montag und Donnerstag

**Speisen à la Karte und vom Kamin-Grill**



**Probieren Sie unser Freitags-Angebot!**  
Hierzu erhalten Sie 1 Bier und 1 Absacker.  
Für die kleinen Gäste: Kindercocktail + Eis.  
Wir empfehlen uns für Festlichkeiten aller  
Art (bis 150 Personen). Separates Raucher-  
zimmer im Erdgeschoss vorhanden.

Aspenschacht, Bärenbergstraße 126, Tel. 06806 - 3723  
66346 Köllerbach-Püttlingen

## 2009 brachte wirtschaftlichen Absturz wie noch nie:

# Kanzlerin faselt schon wieder vom Wachstum

Während die einen Experten ein „Ende der Krise in Deutschland“ (SZ 8.4.10) sehen, sagen andere: Das „dicke Ende“ kommt noch. Die Zukunft wird also zeigen müssen, wer Recht behält. Bundeskanzlerin Merkel erklärt: Um die Probleme zu mindern „müssen wir Wachstumspfade beschreiten“, Regierung und Medien suggerieren: Wir brauchen ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Das ist offensichtliche Zweckpropaganda, um die Menschen einzulullen. In dieser Situation ist ein Beitrag interessant, den wir aus dem „ISW-Wirtschaftsinfo“ (Nr. 43 - April 2010) gekürzt wiedergeben.



Minus fünf Prozent, so stark stürzte die Wirtschaft in Nachkriegsdeutschland noch nie ab: Bisherige Konjunkturreinbrüche schlugen beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) maximal mit minus 0,9 Prozent (1975) zu Buche. Vor knapp 80 Jahren gab es zuletzt so einen dramatischen Einbruch: 1932, im Jahr der Großen Depression, schrumpfte die Wirtschaft um sieben Prozent.

Auch der Absturz 2009 ist eingebettet in die Weltwirtschaftskrise des globalen Kapitalismus. Er schlägt aber infolge der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft besonders stark zu Buche.

Die Exporte schrumpften 2009 um 15 Prozent, wodurch der Exportüberschuss wesentlich kleiner als im Vorjahr war und der Außenbeitrag 3,4 Prozentpunkte zum 5-prozentigen Rückgang des BIP beitrug. Damit im Zusammenhang steht auch die nachlassende Investitionstätigkeit; die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 20 Prozent zurückgefahren. Lediglich vom priva-

ten und staatlichen Konsum gingen leichte Wachstumsimpulse aus: Sie stiegen preisbereinigt um 0,4 bzw. 2,7 Prozent. Ursache waren bei den vermehrten Konsumausgaben der privaten Haushalte die zusätzlichen Autokäufe im Rahmen der „Abwrackprämie“.

## Die Meisten waren Verlierer

Die scharfe Rezession riss tiefe Löcher in die öffentlichen Kassen. Das Steueraufkommen sank 2009 um 5,9 Prozent. Insbesondere die Städte kämpfen wegen wegbrechender Gewerbesteuer mit beispiellosen Defiziten und sollen nun kommunale und soziale Ausgaben streichen.

Auch in den Sozialkassen verschärfen sich die Defizite wegen der Krise: Geringere Beitragseinnahmen und höhere Ausgaben für Sozialleistungen sind die Folge. Die Kassenverwalter müssen um weitere staatliche Zuschüsse betteln oder die Beiträge erhöhen und/oder die Leistungen kürzen.

Löcher gab es auch in den Lohntüten: Die Nettolohnsumme verminderte sich um 1,0 Prozent und sank auf 636 Milliarden Euro. Einschließlich der Teuerungsrate (0,4 %) machte der Kaufkraftverlust 1,4 Prozent aus.

## Auch Gewinner der Krise

Die Boni der Investmentbanker kletterten auf alte und neue Rekordhöhen, die Aktionäre kassierten für das Geschäftsjahr 2009 insgesamt fast 20 Milliarden Euro Dividenden.

Vor allem bei den Geldvermögensbesitzern klingelten die Kassen: Sie schiefelten im Jahre 2009 rund 200 Milliarden Euro zusätzlich an Geldvermögen. Zur Verdeutlichung: Der 200-Milliarden Zuwachs entspricht etwa einem Drittel der gesamten Nettolohnsumme, die an die knapp 36 Millionen Arbeitnehmer in einem Jahr ausbezahlt wurde (636 Mrd. Euro). Man stelle sich den Konjunkturschub vor, wären die 200 Milliarden Euro weggesteuert und mit dem Mehr-Geld zusätzliche öffentliche Güter und Dienstleistungen nachgefragt worden.

## Begrenzung des Wachstums

Trotz Rückgang des BIP in Deutschland ist die Produktivität enorm gestiegen. Um das BIP von 2005 zu erreichen, braucht man heute wesentlich weniger Menschen. Fünf Prozent Wachstumsverlust bedeuten etwa 1,5 Millionen weniger Arbeitsplätze. Dass dies hier zu Lande noch nicht voll durchgeschlagen hat, liegt am massiven Einsatz von Kurzarbeit – auf Kosten der Sozialbeitrags- und Steuerzahler.

## Um die anstehenden Probleme in einem hochentwickelten kapitalistischen Industrieland zu lösen, benötigt man nicht mehr Wachstum, sondern eine gerechtere Verteilung!

Es muss endlich erkannt werden, dass Finanzen und Ressourcen in dieser Welt nicht unendlich sind (denken wir nur an Erdöl und andere Vorkommen), irgendwann stößt jedes Wachstum an seine Grenzen. Dem muss endlich mehr Rechnung getragen werden. Und es bedarf qualitativer Kriterien für das Wachstum, wie Umwelt- und Klimaschutz und Ressourcenschonung. Wirtschaftswachstum, wie es heute angelegt ist, kommt nur noch einer kleinen Oberschicht zugute. Für den Rest der Gesellschaft und die Natur ist es zerstörerisch.



**Blick auf den neuen Platz, der nun den Namen „Im altem Dorf“ trägt. Es ist schade, dass die Stadtratsmehrheit nicht den Mut aufbrachte, an den historischen Vorgang um Hillen Gret dauerhaft zu erinnern.**

Zur Namensgebung für den neuen Platz im Blockinnenbereich:

## Warum denn nicht Hillen-Gret-Platz?

**Der Ende letzten Jahres fertiggestellte Platz im Blockinnenbereich hinter dem Püttlinger Marktplatz soll einen Namen erhalten. Viele Vorschläge von Bürgern sind dazu eingegangen. Einer empfiehlt den Namen Hillen-Gret-Platz.**

Die DKP konnte sich mit dieser Idee gleich anfreunden, denn im Bereich des neuen Platzes stand im Mittelalter das Gerichtsgebäude. Der Überlieferung nach wurde dort das Todesurteil gegen Hillen Gret verkündet, der man die Tötung ihres neugeborenen Kindes zur Last legte. Wie es sich tatsächlich zugetragen hat, ist bis heute ungeklärt. Die Würdigung dieses Ereignisses durch eine Namensgebung würde keineswegs die Tolerierung eines Verbrechens (wenn es denn eines war!) bedeuten. Doch damit wäre ein Vorgang, der über Generationen hinweg mit der Geschichte von Püttlingen verbunden war, dauerhaft vor dem Vergessen bewahrt.

Sehen wir uns doch heute um. Seit Wochen sind die Medien voll von Berichten über Abhängigkeiten, Demütigungen und sexuellen Missbrauch von Schutzempfohlenen in Internaten und anderen Einrichtungen. Es sind skandalöse Vorgänge, die jahrzehntelang vertuscht wurden und heute den Trierer Bischof zur Aussage veranlassen: Die katholische Kirche werde „mit menschlichen Abgründen in bisher nicht geahntem Ausmaß konfrontiert“.

Man denke nun drei Jahrhunderte zurück, in jene Zeit, wo Margarethe Schmidt, genannt Hillen Gret, die aus ärmlichen Verhältnissen in Bous stammte, sich verdin-

gen musste, um ein kärgliches Leben fristen zu können. Auch da sind tiefe Abgründe und Abhängigkeiten erkennbar.

Die junge Frau war damals mit 19 Jahren als Magd in Saarbrücken, wo sie einen Soldaten kennen lernte, der sie aber nicht heiraten durfte. So musste sie ihr Kind ledig zur Welt bringen und großziehen. Später kam sie nach Püttlingen und arbeitete bei einem Bauern, ihr Sohn wurde Hütejunge.

Eines Tages war sie wieder schwanger, was sie aber aus Angst verschwie, um den Erzeuger nicht preisgeben zu müssen. Damit hatte sie eine Verordnung des Fürsten ignoriert, die unverheirateten Frauen vorschrieb, ihre Schwangerschaft der Obrigkeit anzuzeigen. Als dann die Wehen vorzeitig einsetzten und das Kind zur Welt kam, musste die Unglückliche mit Schwächeanfall und weiteren Folgen alleine fertig werden. Später lag das Kind tot im Bett, ob absichtlich, wurde von Hillen Gret immer bestritten. Aber das Gericht fällte im August 1775 ein Urteil gegen die vermeintliche Kindesmörderin und ließ die 31-jährige hinrichten. Es war das letzte Todesurteil, das in Püttlingen gefällt wurde.

Wer kann noch nachempfinden, welche Martyrien diese Frau mitgemacht hat? Niemand hat damals näher die gesellschaftlichen Bedingungen beleuchtet, welche dazu führten, dass eine junge Frau ihre Kinder ledig zur Welt bringen und mutterseelenallein dafür gradstehen musste. Daran zu erinnern, wie ungerecht es in dieser Gesellschaft zugeht und Lehren daraus für heute zu vermitteln - dazu hätte der Namen Hillen-Gret-Platz beitragen können.



## Streiflichter des kommunalen Geschehens

### Kurz und knapp

**Eine neue Spielothek** in der Püttlinger Marktstraße (vormals Takko) wird von der DKP entschieden abgelehnt. Mit der Vergnügungsstätte würde die städtebauliche Gestaltung im Bereich Marktstraße/Marktplatz negativ beeinflusst. Nach unserer Meinung darf die Stadt-sanierung nicht durch zweifelhafte Einrichtungen, welche die Verbreitung von Spielsucht und Kriminalität begünstigen, konterkariert werden. Schon jetzt ist das Bild der Innenstadt durch die Zunahme von Geschäfts-Leerständen stark entstellt. Das würde sich zuspitzen, wenn eine Häufung von Vergnügungsstätten mit ihren Auswirkungen auf die Nachbarschaft diese Tendenz bestärken würde.

\*

**An der Burganlage Bucherbach** sind umfangreiche Sanierungsarbeiten erforderlich, nachdem durch Witterungseinflüsse das Mauerwerk stark gelitten hat und eine Substanzsicherung unumgänglich geworden ist. Rund 220.000 Euro sind dafür nötig, wovon Bund und Land im Rahmen des Konjunkturprogramms 90 Prozent übernehmen. Die Stadt selbst muss 22.000 Euro aufbringen. Manche Bürger fragen nun: „Gibt es denn nichts Wichtigeres, z.B. die Sanierung unserer Straßen?“

Wir meinen: Dass Geld für die Sanierung von Straßen fehlt, ist schlimm, doch eine Umleitung der Burg-Sanierungsmittel in die Straßenrenovierung ist nicht möglich. Da ist es schon besser, das Geld in Anspruch zu nehmen und wenigstens etwas für die Sicherung unseres Kulturerbes zu tun.

\*

**Ein Doppeljubiläum** wurde in Uhrmachers Haus gefeiert: 100 Jahre Musikverein Harmonie, zugleich 30 Jahre Stadtkapelle Püttlingen. Franz Hertel überbrachte Glückwünsche der DKP.

Verwaltung brauchte zweieinhalb Jahre, um DKP-Antrag zu beerdigen:

## Seniorenrechtliche Freizeitangebote und Wohnungen werden immer wichtiger

„Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher“, so sagt ein gängiges Sprichwort, aber oft genug kommt nichts dabei heraus. So jetzt wieder geschehen. Fast zweieinhalb Jahre hat die Verwaltung gebraucht, um einem Antrag der DKP eine Beerdigung 1. Klasse zukommen zu lassen.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Vermarktung des ehemaligen Schulgebäudes in der Bahnhofstraße (vormals Grundschule Viktoria) hatte die DKP im Mai 2007 beantragt, dort ein „Haus der Senioren – Seniorenfreizeit- und Begegnungszentrum Püttlingen“ einzurichten. Wir gingen davon aus, dass gegenwärtig schon jeder fünfte Bürger unserer Stadt älter als 65 Jahre ist und Voraussagen prophezeien, dass im Saarland bis 2030 die Zahl der über 65-Jährigen um 32 Prozent zunehmen wird. Die DKP sah in der Nutzung des in städtischem Besitz befindlichen Gebäudes in der Bahnhofstraße eine gute Chance, die Einrichtung eines Freizeit- und Begegnungszentrums für die älteren Menschen in Püttlingen zu realisieren. Leider ist damals der Stadtrat diesen Überlegungen nicht gefolgt.

Doch die DKP wollte sich damit nicht abfinden. Noch in der Ratssitzung vom 23. Mai 2007 stellten wir den Antrag, eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten. Dabei sollten insbesondere die Punkte: mittelfristige Bedarfsschätzung, Entwicklung von Senioren-Aktivitäten, inhaltliche und räumliche Voraussetzungen, personelle Notwendigkeiten, Kosten und evtl. Fördermittel unter-

sucht werden. In der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses vom 30. Oktober 2007 wurde darüber beraten und die Verwaltung bei einer Stimmenthaltung „mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie“ beauftragt.

**Diesen Auftrag hat die Stadtverwaltung nicht erfüllt.** Nahezu zweieinhalb Jahre wurden gebraucht, um zu erklären, dass die geforderte Studie „sehr umfangreich und sehr zeitintensiv“ und darum nicht realisierbar sei.

**Man stelle sich einmal vor, dieser Antrag wäre von der CDU eingebracht worden. Da hätten sich Herr Job und etliche andere sicherlich überschlagen, um Wege zur Verwirklichung dieser Idee zu finden.**

Da wären wahrscheinlich Ministerien kontaktiert worden, um sich (wie im Falle Ordnungsdienst) die notwendige Unterstützung zu sichern. Die Kosten einer Studie (die Stadt spricht von 15 - 20.000 Euro) wären dann (wie z.B. beim Sommerbiathlon, wo innerhalb vier Jahren jeweils 30.000 Euro fällig wurden) sicher lösbar gewesen. Oder man denke an den Beschluss zur Erstellung einer „touristischen Potentialanalyse“ vom 18. Februar 2009. Rund 10.000 Euro werden da unnötig ausgegeben (Wir haben darüber berichtet).

Natürlich wollen wir nicht behaupten, die Verwaltung habe nichts gemacht. Nach ihren Angaben wurde untersucht, ob das Vereinshaus in Köllerbach dafür nutzbar sei, aber das habe sich zerschlagen. Auch das Wohnprojekt für Senioren „Wohnen mittendrin“ wurde ja wohlwollend unterstützt, bislang ohne Ergebnis. Zu bedenken sei, so die Verwaltung, dass es für Versammlungen und Seniorentreffen „in kirchlicher und freier Trägerschaft schöne und geeignete Räumlichkeiten“ gebe, deren „Wirtschaftlichkeit“ dann quasi in Frage gestellt würde.

Da fragen wir uns aber doch, ob die Verwaltung überhaupt begriffen hat, um was es eigentlich geht.



**Urnenkammern in Stelen aus rotem Granit werden neuerdings auf den Püttlinger Friedhöfen angeboten, um den Wünschen vieler Bürger zu entsprechen. Damit wurde ein Beschluss des Stadtrates umgesetzt, der sich im September 2008 einstimmig für die Einrichtung von Urnenwänden bzw. -stelen entschieden hat.**

Wir reden nicht über den monatlichen Besuch beim Seniorentreff, wo sich Gleichgesinnte mehr oder weniger regelmäßig zusammenfinden. Es gibt jedoch genügend Seniorinnen und Senioren, die über den üblichen Kaffeepausen hinaus gerne Angebote nutzen würden, die sowohl der Freizeitgestaltung als auch der Stärkung der körperlichen Fitness und der geistigen Beweglichkeit dienen. Dafür reicht das bisher übliche Angebot nicht aus.

Wo gibt es eine Einrichtung, die täglich geöffnet ist und die Möglichkeit bietet, sich in der Cafeteria oder einem Leseraum auch mal über längere Zeit aufzuhalten? Wo gibt es ein umfassendes Programm mit Vorträgen, Lesungen, Diskussionen und Mitmach-Aktivitäten, wo sich Besucher stärker in das Geschehen einbringen können?

All das wird aber in den nächsten Jahren eine größere Rolle spielen. Auch die Frage moderner Wohnformen für ältere Mitbürger wird künftig mehr an Bedeutung gewinnen. Da ist es vornehmlich Aufgabe der Stadt, für ein ausreichendes Angebot an seniorenrechtlichen Wohnungen und Dienstleistungen zu sorgen. Darauf muss man sich aber rechtzeitig einstellen, deswegen ist die von der DKP geforderte Machbarkeitsstudie so wichtig. Leider wird das von der Verwaltung und Teilen des Stadtrates nicht so gesehen.



**Die Wochenzeitung der DKP  
(Auch probeweise zu bestellen)**